

# Eine Welt-Politik in Bayern. Fraktion Bündnis 90 / Grüne im Bayerischen Landtag

*Christine Kamm MdL*



Die Globalisierung ist durch drastische Widersprüche geprägt. Sie macht die Beziehungen und den Austausch zwischen Ländern enger. Nie war es so einfach, in ferne Länder zu reisen. Auch Wissenschaft und Kultur befruchten sich durch internationalen Austausch. Vom Aufstehen bis zum Schlafengehen umgeben uns Produkte, die es ohne weltweiten Handel nicht gäbe. Deutschland profitiert von offenen Märkten. Die Globalisierung hat in den Ländern des globalen Südens zu einem Anstieg des Wohlstands und hunderte Millionen Menschen aus extremer Armut geführt.

Doch die Globalisierung hat eine anarchische, ungerechte und brutale Seite. In vielen ärmeren wie reicheren Ländern werden Menschen in einer globalen Wertschöpfungskette ausgebeutet oder gegeneinander ausgespielt. Wohlstandsgewinne sind sehr ungleich und ungerecht verteilt – zwischen Staaten und innerhalb von Staaten. Und die Ungleichverteilung nimmt zu.

Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat sich durch die Globalisierung beschleunigt. Und die entfesselten internationalen Finanzmärkte und große Konzerne haben einen stärkeren Einfluss auf politisches Handeln gewonnen. Deswegen ist es unser Ziel, die Globalisierung auch

durch die Stärkung globaler Institutionen gerechter zu gestalten; zum Beispiel, indem wir die internationalen Finanzströme besser regulieren, oder auch, indem wir den internationalen Handel neu gestalten.

Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Laut UNO-Flüchtlingshilfe waren Ende 2016 mehr als 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Im Vergleich dazu waren es vor zehn Jahren noch 37,5 Millionen Menschen. 20 bis 25 Millionen Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge werden allein in der östlichen und südlichen Umgebung Europas gezählt.

Diese weltweit dramatisch gestiegenen Flüchtlingszahlen machen deutlich: Wir müssen wesentlich mehr gegen Krieg, Fluchtursachen, Vertreibung, Heimatverlust, Diktaturen, Menschenrechtsverbrechen und den Klimawandel tun als bisher. Faire, gerechte und ökologisch nachhaltige Handelsbeziehungen sind die Voraussetzung für den Abbau der globalen Armut. Nur mit fairen Handelsabkommen ermöglichen wir eine nachhaltige Entwicklung. Deshalb muss das Vorsorgeprinzip zum Schutz der Gesundheit und Umwelt wirksam in allen Handelsverträgen verankert werden. Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen, ArbeitnehmerInnenrechte und VerbraucherInnenenschutz gefährden und Sonderklagerechte für Konzerne beinhalten, müssen gestoppt werden, CETA, TTIP und TiSA und Co. müssen abgelehnt werden.

Wir haben viel zu lange die jetzt schon stattfindenden Auswirkungen des Klimawandels vernachlässigt und die damit einhergehenden Probleme für die Bevölkerung (vor allem die Landbevölkerung) ignoriert. Es ist abzusehen, dass die Probleme durch Überschwemmungen und Wüstenbildung zunehmen werden, die dann wiederum oftmals Auslöser für Radikalisierung und gewalttätige Konflikte sind. Wir müssen dringend unseren Lebensstil so ändern, dass er endlich nicht mehr zu Klimaerwärmung und einer Vergrößerung der Umweltprobleme führt.

## 1. Was ist Ihr Hauptmotiv, sich für Eine Welt-Politik / mehr Eine Welt-Gerechtigkeit einzusetzen?

Weil die wachsende Ungerechtigkeit schwer zu ertragen ist. Wir, die Bevölkerung in den entwickelten Staaten, haben und tun es leider immer noch: auf Kosten der Menschen in den weniger entwickelten Ländern leben. Wir befördern durch unseren enormen Energieverbrauch die weltweite

Klimakatastrophe. Mit dem Klimaabkommen von Paris 2015 haben sich zwar fast alle Staaten weltweit auf das 2-Grad-Celsius-Ziel verständigt und damit zentrale Zielmarken zur Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Reduzierung von globaler Ungleichheit und für den Erhalt unserer ökologischen Lebensgrundlagen gesetzt. Die Industriestaaten können und müssen jetzt aber im Sinne einer fairen Lastenteilung vorangehen. Den Absichtserklärungen müssen jetzt Taten folgen. Der angekündigte Ausstieg der USA, als einem der Hauptklimasünder, aus dem Abkommen ist sehr bedauerlich. Hier ist jede und jeder Einzelne angehalten, sein Verhalten zu ändern, hin zum Energiesparen und zu mehr Energieeffizienz. Aber auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss zügig fortgeführt werden. Hier müssen wir auch die Länder z.B. in Afrika viel stärker unterstützen, damit solche indiskutablen Ölfördermethoden wie in Nigeria nicht mehr stattfinden.

Laut dem aktuellen Bericht der FAO werden Millionen junger Menschen in Entwicklungsländern in den kommenden Jahrzehnten in die Städte migrieren, um der Armut auf dem Lande zu entgehen. Eigentlich haben ländliche Gebiete dank der Nahrungsmittelproduktion und anderer mit ihr verbundener Wirtschaftssektoren großes Wachstumspotenzial. Da die Mehrheit der Armen und Hungrigen der Welt nach wie vor in diesen Gebieten lebt, muss zur Erreichung der Entwicklungsziele 2030 dieses Potenzial unbedingt erschlossen werden.

Aber noch immer exportieren wir aus dem EU-Landwirtschaftsbinnenmarkt u.a. Milchpulver und Hühnerteile vor allem nach Afrika, machen damit die dortigen Märkte kaputt und nehmen den Menschen jegliche Perspektive auf ein eigenes Einkommen. Immer noch ist die Agrarlobby in Brüssel, Deutschland und Bayern nicht bereit, Änderungen in unserer Landwirtschaftspolitik auf den Weg zu bringen, auch wenn wir mit dieser Wirtschaftsweise uns inzwischen selbst immer mehr schaden (Nitrat im Grundwasser, Massentierhaltung usw.).

Zwischen 2015 und 2030 wird laut FAO der Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der gesamten Weltbevölkerung um 100 Millionen auf 1,3 Milliarden Menschen steigen. Dabei wird ein Großteil dieses Wachstums in Subsahara-Afrika erwartet, und dort wiederum vor allem in ländlichen Gebieten. In vielen Entwicklungsländern stagniert das Wachstum in den Industrie- und Dienstleistungssektoren allerdings. Diese Bereiche werden nicht fähig sein, die große Anzahl neuer Jobsuchender zu integrieren. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft – zumindest in ihrer derzeitigen Form. Deshalb ist es

umso wichtiger, in diesen Regionen Investitionen in der Landwirtschaft und der Lebensmittelverarbeitung zu fördern. Denn nur so können wir einer zunehmenden Migration in die Städte, aber auch nach Europa entgegenwirken.

Letztes Jahr war Deutschland zwar nur noch auf Platz 4 der Hauptwaffenexporteure weltweit, aber nach dem verheerenden Rekordjahr 2015 wurde 2016 der unrühmliche, zweithöchste Genehmigungswert der Geschichte aufgestellt. Es darf nicht sein, dass wir Regime mit katastrophaler Menschenrechtslage und Staaten in Krisenregionen noch weiter hochrücken. Abermals gingen mehr als die Hälfte der Rüstungsexporte an Staaten außerhalb von EU und NATO. Gerade die Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten sind ein hochriskantes Spiel mit dem Feuer, nicht nur angesichts des brutalen Krieges im Jemen und der Krise in Katar.

Leider hat Bayern seine Partnerschaftspolitik immer noch sehr stark an den Bedürfnissen der bayerischen Wirtschaft ausgerichtet. Es gibt also noch viel zutun auf dem Weg zur Einen-Welt!

2. Wie möchten Sie zur weiteren Umsetzung der „Entwicklungspolitischen Leitsätze des Landtags vom 17.2.2016“ (Drucksache 17/10078) beitragen? Welche konkreten Initiativen können Sie sich vorstellen?

Wir Grüne begrüßen es sehr, dass der Landtag in dieser Legislaturperiode einen Beschluss aller Fraktionen für gemeinsame Leitlinien für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit gefasst hat. Unsere Aufgabe ist es, die Staatsregierung bei ihrem Handel immer wieder an den Beschluss zu erinnern und ihre Arbeit daran zu messen.

3. Befürworten Sie eine Veröffentlichung von Förderkriterien der Bayerischen Staatsregierung (der einzelnen Ministerien und der Staatskanzlei) für die Förderung von (Eine Welt-)Auslandsprojekten?

Wir Grünen fordern grundsätzlich bei allen Förderprogrammen und –projekten des Freistaates mehr Transparenz und Übersichtlichkeit. Deshalb befürworten wir die Forderungen des Eine Welt Netzwerkes, denn nur so kann auch eine Kontrolle der Staatsregierung und der Ministerien durch den Landtag sichergestellt werden. Solche Kriterien sollten zusammen mit den Eine-Welt-Gruppen Bayerns intensiv diskutiert und fortgeschrieben

werden. In entwicklungspolitischen Jahresberichten der Staatsregierung sollen alle Ministerien ihre Aktivitäten wie auch Förderkriterien veröffentlichen. Diese fehlen jedoch.

Auch die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit der Staatsregierung sollten öffentlich gemacht werden. Auf keinen Fall sollten sie verknüpft werden mit Rückkehrabkommen oder zweifelhaften „Migrationsmanagementvereinbarungen“, denn diese Kopplung entwertet die Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere wenn diese mit Ländern mit zweifelhaften Regierungen geschlossen werden. Rückkehr kann nur erfolgreich sein, wenn sie freiwillig und gut vorbereitet erfolgt.

4. Wie bewerten Sie das „PromotorInnenprogramm zur Förderung der Eine-Welt-Arbeit“ in Bayern ([www.eine-welt-promotoren-bayern.de](http://www.eine-welt-promotoren-bayern.de)) und welche Perspektiven sehen Sie für einen möglichen Ausbau ab 1.1.2019?

Wir Grünen freuen uns sehr, dass aufgrund unseres Vorstoßes es auch in Bayern gelungen ist, das PromotorInnenprogramm zu etablieren. Das Programm leistet einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung der ehrenamtlichen Arbeit der unterschiedlichen und vielfältigen Gruppierungen in der Einen-Welt-Arbeit. In Bayern gilt dabei, insbesondere Fairen Handel, Globales Lernen, nachhaltige Beschaffung und Partnerschaftsarbeit zu unterstützen.

Eine Ausweitung hängt sehr stark vom Ausgang der Landtagswahlen im Herbst 2018 ab und welche Gelder für die Eine-Welt-Arbeit im Doppelhaushalt 2019/2020 zur Verfügung stehen werden. Wir werden jede Initiative zur Aufstockung der Haushaltsmittel für die Eine-Welt-Arbeit und vor allem zur Bekämpfung der Fluchtursachen unterstützen.

5. Wie könnte der „Faire Handel“ in Bayern weiter gestärkt werden? Inwieweit könnten auch bayerische Behörden und staatliche Betriebe mehr Produkte aus dem Fairen Handel einsetzen?

Die deutsche Regierung hat nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, soziale und ökologische Kriterien (z.B. die ILO-Kernarbeitsnormen) bei der Vergabe verpflichtend vorzuschreiben. Unabhängig davon könnte aber der Bayerische Gesetzgeber § 129 GWB nutzen und öffentliche Auftraggeber verpflichten, soziale und ökologische Ausführungsbedingungen zu be-

rücksichtigen. Aber ein bayerisches Vergabegesetz will die Staatsregierung nicht auf den Weg bringen.

Durch eine gemeinsame Beschaffungsstelle in Bayern für kleinere Kommunen könnte die Entwicklung und Herstellung fairer Produkte durch die öffentliche Hand gefördert werden. Durch die Vergaberechtsreform wurden derartige Kooperationen erleichtert und der rechtliche Rahmen auch für grenzüberschreitende Kooperationen geklärt. Weitere Möglichkeiten sehen wir z.B. in Runden Tischen, Bietergesprächen, gezielter Markterkundung (auch Markterkundung wurde durch die europäische Vergaberechtsreform erleichtert, der Rechtsrahmen geklärt).

Fair gehandelte Schokolade im „giftshop“ des Landtags und fair gehandelter Kaffee in der Landtagskantine sind überfällig und wären auch ein wichtiges öffentliches Statement.

6. Bzgl. der Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Vergabe / im Einkauf: Eine Welt-Gruppen in Bayern fordern die Einrichtung einer entsprechenden staatlichen Stelle für Beratung und Verbreitung guter Beispiele – unterstützen Sie diese Forderung?

Obwohl schon die Reform des europäischen Vergaberechtes im Jahr 2004 die ökologische und soziale Vergabe gestärkt hat, werden leider immer noch 80 - 90% aller Vergaben dem billigsten, nicht dem besten oder auch wirtschaftlichsten Angebot zugeschlagen. Die Gründe dafür liegen vor allem in der großen Rechtsunsicherheit – das Vergaberecht ist komplex, Rechtsbeihilfe teuer (bei manchen Ausschreibungen betragen die Kosten für externe Rechtsberatung bis zu einem Drittel des Auftragswertes). Vor allem kleine Kommunen haben wenig Erfahrung mit europaweiten Ausschreibungen, Beschaffungen oberhalb des Schwellenwertes fallen nur alle paar Jahre an. Im Zweifel schlägt man da dem billigsten Anbieter das Angebot zu, weil man glaubt, auf der sicheren Seite zu sein.

Mit NEWTRADE NRW hatte Nordrhein-Westfalen eine entsprechende Stelle geschaffen, die eine nachhaltige öffentliche Beschaffungspraxis vortreiben will. Ziel ist ein Paradigmenwechsel, bei dem nicht mehr der günstigste Preis, sondern Nachhaltigkeit im Zentrum steht. Eine entsprechende Initiative in Bayern würden wir Grüne sehr begrüßen, um z.B. auch kleine Kommunen bei der Vergabe zu unterstützen und etwa durch Ein-

kaufsgemeinschaften nachhaltige und faire Produkte zu etablieren. Zusätzlich wollen wir endlich auch ein Vergabegesetz für Bayern.

7. Soll die „Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie“ künftig mit Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen fortgeschrieben werden und welches Ministerium / Staatskanzlei sollte künftig die Federführung haben?

Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema und muss in alle Bereiche und in jedes Handeln Eingang finden. Eine Ansiedlung in der Staatskanzlei halten wir für richtig, aber dabei darf es nicht bleiben; in allen Ministerien und Behörden des Freistaates muss Nachhaltigkeit die oberste Maxime jedes Handels sein.

Es reicht nicht aus, einfach alle Projekte, die eh schon gemacht werden, unter dem Label der Nachhaltigkeitsstrategie laufen zu lassen. Nachhaltigkeit muss auch gelebt werden. In vielen Feldern zeigt sich, dass die Nachhaltigkeitsstrategie nicht wirklich Eingang in die Politik der Staatsregierung gefunden hat – sei das beim Flächenverbrauch, beim Boden- oder Artenschutz, bei der CO<sub>2</sub>-Einsparung und beim Ausbau Erneuerbarer Energie, der Inklusion oder der Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen.

Es war richtig und wichtig, bei der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit einzubeziehen, aber das muss auch bei einer Fortschreibung der Fall sein. Schließlich muss Nachhaltigkeit von uns allen gelebt werden.